

Liebe Radiomachende,

Hamburg, 27.10.2006

seid herzlich eingeladen zur Teilnahme am diesjährigen BFR-Kongress vom 8. – 10. Dezember in Hamburg. Freie Radios blicken auf unzählige ausgestrahlte Sendeminuten zurück – für uns Anlass zu einer Bestandsaufnahme. Beim BFR-Kongress möchten wir mit euch die Frage diskutieren, woraus Freies Radio in der Vergangenheit seine Berechtigung gezogen hat, worin es sich vom Bürgerfunk unterscheidet und was daraus für die künftige Politik der Freien Radios folgen könnte. Dazu hat das Kongress-Komitee ein Diskussionspapier erarbeitet, das hinsichtlich dieser Fragen die Geschichte des Freien Sender Kombinats unter die Lupe nimmt. Das Papier ist unten angehängt. Wir freuen uns auf die Debatte!

Zum Formalkram:

- Veranstaltungsort: Tagungsort des Kongresses ist (außer am Freitagabend) die Ganztagschule in St. Pauli-Süd, Bernhard-Nocht-Str. 13, direkt an der Elbe und an den Hafestraßenhäusern gelegen. Dort nutzen wir auch die Vokü-Infrastruktur und den Buttclub fürs Kulturprogramm am Samstagabend.
- Unterbringung: Schlafen werdet ihr bei privat in verschiedenen WGs. Von daher bitte für alle Fälle Schlafsack und Isomatte mitbringen! Da wir relativ viele BesucherInnen erwarten, wäre es schön, wenn ihr eure privaten Kontakte nutzt, um in Hamburg unterzukommen. Bitte gebt rechtzeitig an, wie viele Schlafplätze ihr braucht. Wenn möglich, stellen wir dann im Vorfeld den Kontakt zu euren Unterkünften her... Wie ihr zu euren Unterkünften kommt, verrät euch der HVV hier: http://www.hvv.de/start.php?page=2_1_index&type=js
- Kosten: Für ausreichend leckeres Essen werden wir sorgen; der Teilnahmebeitrag wird 20.- nicht überschreiten.
- Fahrtkosten: Der BFR hat unter Umständen die Möglichkeit, Zuschüsse zu Fahrtkosten zu leisten. Bitte informiert euch gegebenenfalls.
- Aktion: Für die Radiointervention am Samstagabend können wir außerdem noch laute Ghettoblaster gebrauchen – bitte mitbringen!

Bis bald,
Euer Freies Sender Kombinat

BFR-Kongress

8.-10. Dezember 2006 in Hamburg

Programm

Freitag, 8.12.

17 Uhr: Anreise & Imbiss

18 Uhr: Debatte um den Beitrag „Israels Verteidigungskrieg“

22 Uhr: Ende & Ausgehen, bzw. Verteilen auf die Schlafplätze

Ort: Freies Sender Kombinat

Eimsbütteler Chaussee 21

20259 Hamburg

U-Bahn Sternschanze; von da 15 min Fußweg oder

Bus 115 bis H-Schulterblatt

Samstag, 9.12.

9 Uhr: Frühstück

10 Uhr: Start der Debatte: Emanzipation und revolutionäres Begehren in Freien Radios

13:30 Uhr: Mittagspause, kalte Snacks

14:15 Uhr: Debatte Teil 2: Emanzipation und revolutionäres Begehren in Freien Radios

16 Uhr: Schluss der Debatte; Transfer in die City zu „Find the Feedback“ (bitte große, laute Ghettablaster mitbringen!)

17 Uhr: Find the Feedback in der Hamburger Innenstadt

19 Uhr: Rückfahrt an den Hafen

20 Uhr: Abendessen in der Hafen-Vokü

21 Uhr: Umzug in den benachbarten Buttclub, das Feminat & Freund_innen aus Stuttgart legen Platten auf; alternativ: Hafenklang-Exil in der Großen Bergstraße (Eniac-Konzert)

Ort: Ganztagschule St. Pauli

Eingang Bernhard-Nocht-Straße 13

S-Bahn Reeperbahn; Fußweg

siehe Detailplan Hafen

U-Bahn Landungsbrücken

Fähranleger Fischmarkt

Bus 112 von Landungsbrücken bis Hafentreppe

Sonntag, 10.12.

10 Uhr: Frühstück

11 Uhr: BFR-Mitgliederversammlung

16 Uhr: Abreise

Ort: Ganztagschule St. Pauli

Eingang Bernhard-Nocht-Str. 13

Debatte & Aktion

Freitag, 8.12. 18 – 22 Uhr

„Israels Verteidigungskrieg“

Über den Beitrag von FSK gab es auf freie-radios.net eine kontroverse Debatte, die so bisher nicht geführt wurde. Wir möchten am Freitagabend Raum und Zeit geben, über den Beitrag inhaltlich ebenso zu diskutieren, wie über einen möglichen Umgang mit kritisierten Beiträgen auf freie-radios.

Samstag, 17-19 Uhr

Find the Feedback on Weihnachts-market

"Find the Feedback" ist ein Spiel zwischen einer Live-Übertragung durch Handy und der Situation der Ausstrahlung auf viele Ghattoblaster im städtischen Raum. Die Radios suchen die ReporterInnen und finden diese durch das unvermeidliche Feedback. In dem ausschließlich für den Warenkonsum homogenisierten Raum entsteht ein verschwenderisches Spiel, das einer eigenen Logik folgt und vielfältige, unkontrollierbare Situationen schafft.

Bitte bringt viele lautstarke Ghattoblaster mit!

Freies Radio ist unversöhnlich

Freie Radios blicken auf unzählige ausgestrahlte Sendeminuten zurück – für uns Anlass zu einer Bestandsaufnahme. Beim BFR-Kongress möchten wir mit euch die Frage diskutieren, woraus Freies Radio in der Vergangenheit seine Berechtigung gezogen hat, worin es sich vom Bürgerfunk unterscheidet und was daraus für die künftige Politik der Freien Radios folgen könnte. Dazu haben wir ein Diskussionspapier erarbeitet, das hinsichtlich dieser Fragen die Geschichte des Freien Sender Kombinats unter die Lupe nimmt. Der Rückblick in die Geschichte von FSK kann dazu anregen, über die Verortung des eigenen Radios, über seine Produktionsbedingungen und seine Sendungen nachzudenken. Wir erhoffen uns vom BFR-Kongress eine Debatte darüber, welche Rolle Freie Radios in einer Zeit des politischen Roll-Backs als zukunftsweisend

einnehmen könnten. Dabei interessiert uns einerseits, wie ein solcher Anspruch sich im Programm niederschlagen könnte, andererseits, was ein emanzipatorischer Anspruch für die interne Senderorganisation zu bedeuten hätte. Nicht zuletzt soll auf dem Kongress auch darüber diskutiert werden, auf welche unterschiedlichen Bedingungen die einzelnen Radios in ihrem spezifischen sozialen Umfeld stoßen. Wir freuen uns auf die Debatte!

Rückschau Hamburg 2001

Der Tod Achidi Johns im Herbst 2001 markierte eine neue Qualität der Hamburger Ordnungspolitik unter der Schwarz-Schill-Regierung. Achidi John starb im Uniklinikum, umgeben von ÄrztInnen, die ihm nicht Heilung, sondern den Tod brachten. Mit Gewalt hatten sie ihm zuvor ein Brechmittel eingeflößt, um der vermuteten Heroinkügelchen habhaft zu werden, die verschluckt zu haben man ihn bezichtigte. Unter der Einwirkung dieser massiven Gewalt und eines unstillbaren Brechreizes

hörte Achidis Herz auf zu schlagen. Im Rückblick steht sein Tod am Anfang einer langen Kette von Ereignissen, die den politischen Roll-Back in Hamburg manifestieren.

Mit dem Regierungswechsel 2001 wurde das „Reinemachen“ der Sozialdemokratie, das autoritäre Anbieten an bürgerliche Ordnungsliebe, durch die Rollkommandos von Schwarz-Schill abgelöst. Seit dem flogen die Fetzen gezielter: das feministische Frauenhaus musste schließen – aufgrund seines feministischen Ansatzes. Der Fixstern, der avancierteste und älteste Drogenkonsumraum Deutschlands wurde geschlossen, an seine Stelle trat die zentralisierte Elendsverwaltung am Hamburger Gleisdreieck, fernab vom Lebensumfeld der KonsumentInnen. Schließlich Bambule: der geschichtsträchtige Bauwagenplatz im Hamburger Karo viertel wurde geräumt, seine BewohnerInnen in alle Winde verstreut. Symbolisch richtete sich die Räumung gegen nonkonformistische, unkontrollierbare städtische Räume, deren Beseitigung erklärtes Ziel des Rechtssenats war. Begleitet wurde die Bambule-Räumung von einem zähen Protest, der den Zorn über die politischen Kampfansagen der Regierung in sich aufnahm: Zorn über die Unzahl abgewickelter sozialer Projekte und demokratischer Einrichtungen, Zorn über das repressive Vorgehen von Polizei und Senat. Nach der Bambule-Räumung gewärtigte Hamburg die größten sozialen Proteste seit der Befriedung der Hafenstraße.

Und FSK?

Das Freie Sender Kombinat hat von Beginn an als medialer Resonanzraum für den Protest gegen diese Politik funktioniert. Ausführlich wurde bei FSK über die Proteste gegen Schwarz-Schill informiert, über dessen Hintergründe berichtet, die Demonstrationen wurden begleitet und

hallten durch die zerstreuten Radiogeräte in der ganzen Stadt wider. Gleichzeitig hat FSK versucht, über den politischen Roll-Back nicht den gesellschaftlichen vergessen zu machen. Denn die Politik in Hamburg wurde getragen durch die heruntergekommenen bürgerlichen Subjekte, die nach Autorität, Übersichtlichkeit und Führung begehren, statt gegen Zwang und die Begrenzung der eigenen Möglichkeiten aufzubegehren. FSK stellte sich feindlich gegen den „Mann von der Straße“, seinen Rassismus, Antisemitismus und Sexismus. Diese Feindseligkeit hatte ihren Preis. Für FSK bemisst er sich in einer Hausdurchsuchung im November 2003, in unzähligen Gerichtsverhandlungen und entsprechenden Prozess- und Anwaltskosten. Damals belagerten drei Hundertschaften die Redaktionsräume von FSK, schränkten grundgesetzwidrig den Sendebetrieb ein und bedrohten RedakteurInnen – das alles, um die Herausgabe eines Interviewmitschnittes zu erzwingen, der auf dem amtlichen Weg weitaus komfortabler zu bekommen gewesen wäre. Vorwurf an einen FSK-Redakteur: die unautorisierte Veröffentlichung eines Telefoninterviews mit dem Pressesprecher (!) der Polizei. Angesichts dieser Lappalie und vor dem Hintergrund der Protestwelle in Hamburg und der Rolle von FSK darin wurde das Vorgehen der Polizei als politische Kampfansage an eine kritische Berichterstattung über die Senatspolitik gedeutet. Drei Jahre danach ist die Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Durchsuchung noch beim Bundesverfassungsgericht anhängig. Der beschuldigte Redakteur wurde im Oktober 2006 in dritter Instanz rehabilitiert.

Zerreisproben

Diese Ereignisse fanden statt, während sich FSK mitten in einer politischen

Zerreisprobe befand. Die Verantwortung ernst nehmend, dass Freies Radio nicht folgenlos sendet, hatte sich eine Mehrheit bei FSK seit 1998 immer wieder gegen antisemitische Sendungsinhalte von einigen Radiomachenden gewendet. Anfang 2002 gab es erneut einen Vorfall, als eine Redaktion den Aufstand im palästinensischen Djenin gegen die Israelische Armee mit dem Aufstand im Warschauer Ghetto verglich und damit eine Gleichsetzung von Israel mit Nazideutschland nahe legte. Nach mehrfachen Diskussionsangeboten und erfolglosen Gesprächsversuchen zog eine Mehrheit bei FSK die Konsequenz und verhängte 2002 ein Sendeversbot gegen die betreffende Sendung. Der Versuch, das beschlossene Sendeversbot durchzusetzen, wurde von Seiten der Sendungsmachenden mit körperlicher Gewalt beantwortet, die man damit verteidigte, dass die Sendungskritik ebenfalls eine Form verbaler Gewalt sei. Der Konflikt strahlte dabei weit über die Grenzen von FSK hinaus. Beim Antisemitismusstreit funktionierte FSK nicht nur als Resonanzraum linker Debatten, sondern wurde zum direkten Austragungsort des Streits über die Zukunft emanzipativer Politik. Im FSK selber wurde der Bruch mit einer antiimperialistischen Linken vollzogen, die die Kräfte der Emanzipation in den „Befreiungsbewegungen“ von Afghanistan, Irak bis Venezuela erblickte, während die KritikerInnen darin das genaue Gegenteil sahen. FSK wurde damit zum Schauplatz einer innerlinken Auseinandersetzung, deren Bezugspunkte die Shoah und die Zäsuren des Jahres 1989 und des 11. September waren. Dem Prügelereignis im Sommer 2002 folgte die schwerste politische Krise in der Geschichte von FSK. Das Tisch Tuch zwischen den Verteidigern der antisemitischen Inhalte und dem Restprojekt war ab diesem Moment zerschnitten. Es dauerte noch drei

weitere qualvolle Jahre, bis die Mehrzahl der Prügelfraktion den Sender – unter Schmähungen und nach einem gescheiterten Gerichtsverfahren gegen den FSK-Vorstand – verlassen hatte. Bis heute, drei Jahre, eine Bambule und einen Umzug später sind die Nachwirkungen des Konfliktes, wenn auch nicht mehr dominant, so doch noch immer gegenwärtig.

Unversöhnlich

Im Rückblick kommt dieser Phase der existenziellen Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht und mit einer sterilen, der Selbstreflexion sich verweigernden politischen Linken eine enorme Bedeutung zu. So hat FSK damals deutlich gemacht, dass es einerseits unversöhnlich einer antidemokratischen, patriarchalen und rassistischen Senatspolitik entgegentritt. Andererseits scheute FSK nicht zu Gunsten eines zweifelhaften Burgfriedens zurück vor der Kritik an unakzeptablen Haltungen in den Reihen der eigenen RedakteurInnen. In der Linken hat sich FSK damit nicht nur FreundInnen gemacht – zu einer Polarisierung und Problematisierung dafür umso mehr beigetragen. Mit der Kritik an antisemitischen Positionen in der Linken hat FSK auch in die Debatte um die Bedingungen einer revolutionären Umwälzung eingegriffen. Und dies aus der Überzeugung, dass ohne eine radikale Kritik an antisemitischen Stereotypen linker Gesellschaftskritik solche Umwälzungen nicht als emanzipatorisch zu denken sind.

Experimente

FSK ist ein Experiment: die gesellschaftliche Produktion eines Radiobetriebs und seines Programms als nicht-warenförmiges Produkt, als Geschenk an seine HörerInnen. In freier Assoziation der Radiomachenden stellt es einen Raum her für die Kritik der kapitalistischen

Vergesellschaftung, in der die Produkte nur als verdinglichte erkennbar sind, die ihre gesellschaftliche Produziertheit verschleiern. Freies Radio verschleiern seine Produktion nicht, es diskutiert über die Bedingungen seiner Entstehung und über die politischen Grundlagen seines Programms. Die Geschichte der Freien Radios ist eng verflochten mit der Geschichte der Linken in Deutschland, ihre Marginalisierung hat auch für Freies Radio Folgen. War das Radio dabei früher die Lücke, die es von der politischen Aktion zur Öffentlichkeit zu schließen galt, ist Radio ohne die politische Aktion nun ein Spiegel der politischen Artikulation, eine Sphäre, in der ausprobiert und gestritten werden kann, wie die aktuellen Bedingungen zu kritisieren sind, und wie sie zu verändern wären. Freies Radio hält so das radikale Begehren wach, das sich gegen die Zumutungen des Arbeitsalltags, der nationalen Grenzen, der Geschlechterrollen, von Unfreiheit und Armut wendet und bietet ihm einen medialen Raum der Intervention.

Zuspitzung

Die Freiheit dieses Raums ermöglicht dem Begehren Bewegungsspielraum, den es außerhalb dieser Sphäre nicht hätte. Dort freigelassen, kann es seine unkontrollierbare Wirkung entfalten. Die (medialen) Möglichkeiten dieser Freiheit sind längst nicht ausgelotet. Die zweite Bedeutung der Freiheit des Radios besteht aber in der Schaffung eines Raums, der so frei wie möglich von sexistischer Marginalisierung, rassistischer Gewalt, klerikalem Geschwätz oder antisemitischen Beleidigungen ist. Der also Konsequenzen zieht aus linker Kritik. Daraus folgt aber, dass Freies Radio

nicht frei von Zensur ist. Immer wieder muss sich über die Grundlagen dessen verständigt werden, was im Programm zu hören sein soll und was nicht. Woran sich aber dabei orientieren? In der Geschichte von FSK hat sich gezeigt, dass das Attribut „links“ als Basis für die Zusammenarbeit nicht trägt. Ein Radio, das nicht im pluralistischen Szenegeplapper versacken will, muss sich eine kritische Position gegenüber dieser Linken erarbeiten. Damit will FSK das Projekt der revolutionären Linken weitertreiben, nämlich alle Verhältnisse umzustürzen, in denen die Menschheit hinter ihren Möglichkeiten zurückbleibt. Nur in beiden Freiheiten liegt für uns die Berechtigung Freien Radios – und nicht im Deutschlandradio für Alternative. Emanzipation geht über Partizipation hinaus. Über diese Perspektive möchten wir mit euch in Hamburg diskutieren. So würden wir die Frage der Situation und der Möglichkeiten Freier Radios gerne zuspitzen: Wie lässt sich in einer Zeit, in der so wenig möglich scheint, wie im Moment, dennoch eine revolutionäre Perspektive entwickeln, die aus dem Scheitern revolutionärer Versuche Konsequenzen gezogen hat? Selbstorganisation als Opposition zu allen (Staats-, Gewerkschafts- und Partei-) Apparaten scheint dabei für die freie Radioproduktion nicht nur angemessen, sondern zur Entwicklung dieser Kritik notwendig zu sein. Wie aber kann diese Selbstorganisation aussehen? Und wann wird sie selbst zum Apparat? Die Diskussion am Samstag soll am späten Nachmittag übergehen zu "Find the Feedback", eine Übung in abweichendem und rätselhaftem Verhalten in der Hamburger City.

Einige Anmerkungen zur FSK-Geschichte

Das Freie Sender Kombinat entstand Anfang der 90er Jahre aus den Zerfallsprodukten von Radio St Pauli. Radio St. Pauli sollte als autonom organisiertes Radio durchgesetzt werden – u.a. ohne Verantwortliche im Sinne des Presserechts – aber dieses Vorhaben scheiterte; der politische Druck war nicht hoch genug. Die

Beteiligten zerstritten sich. Es entstanden Radio St. Paula und Radio Loretta, die sich 1992 mit einer Gruppe von der Universität – Uniradio – zusammengetan haben, um sich als Freies Sender Kombinat erneut und unter anderen Vorzeichen für freiwerdende Frequenzen zu bewerben. Dabei war eines der entscheidenden Argumente die Heterogenität der beteiligten Gruppen, die um zwei weitere – Stadtteilradio und Forumradio – vervielfältigt wurde.

Aus der unabhängigen, operaistisch beeinflussten Linken kommend, war die Ablehnung gegenüber allen parteihafte, apparativen und sektenhaften Organisationen ebenso klar, wie – angesichts dem gesamten Zerfall der autonomen Bewegung – die Notwendigkeit einer Kritik bisheriger linker (Identitäts-)Politik und der genauen Analyse ihres Scheiterns. Die kollektive Produktion des Radioprogramms sollte gegenseitiger Kritik und einem Schlauerwerden dienen, durch das langfristig die Reorganisation der Unzufriedenheit möglich werden sollte. Zugleich ging es darum, mit dem Radio eine Schnittstelle zwischen verschiedenen Subkulturen – Musik, Politik, Kunst – zu erzeugen, die diese nicht nur einander hörbar macht, sondern darüber hinaus deren Wirkungen vervielfältigt.

Dies konnte nur legal und mit transparenten Strukturen passieren: Die verschiedenen Gruppen einigten sich auf einen Furchtbar Schwierigen Konsens: Zum einen wurde als politisches Gremium, das alle Sendebelange entscheidet, ein Delegiertenplenum eingerichtet, das auch den gesetzlichen Auflagen entsprach: Die AnbieterInnengemeinschaft, in der sich aktive AnbieterInnen (die Radiogruppen) und passive AnbieterInnen monatlich treffen. Hier wird die politische Perspektive des Senders, Organisatorisches (wie zuletzt der Umzug) und schließlich alle inhaltlichen Fragen, die nicht in den Redaktionen geklärt werden konnten, diskutiert. Zum zweiten wurde von diesen alltäglichen Arbeitsprozessen (und dem Besitz der Lizenz) das Kapital des Senders getrennt, das von der AG Radio verwaltet wird (sie setzt sich nur aus den Radiogruppen zusammen). Zum dritten wurden Redaktionen (Info, Musik, Wort) gegründet, die Radiogruppenübergreifend die Sendezeit verwalten.

Mit diesem Modell hat FSK 1996 eine Teilfrequenz, 1998 eine 6-Tagefrequenz und seit 2001 eine Vollfrequenz auf der 93,0 MHz bekommen. FSK ist im Tagesbetrieb ausschließlich über seine Fördermitglieder finanziert. Es gibt prinzipiell keine festen Stellen: die Aneignung des Radios lässt sich der mehrheitlichen Ansicht nach nicht von Festangestellten vorantreiben. Die Komplexität der FSK-Struktur, ihr post-autonomer Charakter (Verabschieden schein-basisdemokratischer Prinzipien), ist von Anbeginn kritisiert worden. Zugleich hat sie sich aber insbesondere bei inhaltlichen Debatten (Vorrang der Redaktionen vor der AnbieterInnengemeinschaft, kontinuierliche, verbindliche Diskussion) bewährt.